



Detailansicht des Registereintrags

PlasticsEurope Deutschland e.V.

Stand vom 20.06.2025 07:56:50 bis 25.07.2025 14:20:20

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000410
Ersteintrag:	11.02.2022
Letzte Änderung:	20.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	28.05.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Mainzer Landstraße 55 60329 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +496925561303 E-Mail-Adressen: info@plasticseurope.de Webseiten: plasticseurope.org/de
Hauptstadtrepräsentanz:	Neustädtische Kirchstraße 8 10117 Berlin Telefonnummer: +4915157608709 E-Mail-Adresse: henning.schmidt@plasticseurope.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

620.001 bis 630.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

3,10

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dr. Ralf Düssel**

Funktion: Vorsitzender des Vorstandes

2. Philip O. Krahn

Funktion: Schatzmeister

3. Dr. Klaus Wittstock

Funktion: stellvertretender Vorsitzender

4. Dr. Guido Naberfeld

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

5. Dr. Daniel Koch

Funktion: stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):**1. Henning Schmidt****2. Sabine Lindner****3. Bettina Dempewolf****4. Jacob Loring****5. Maximilian Nichterlein****6. Dr. Christine Bunte****7. Dr. Ralf Düssel****8. Philip O. Krahn****9. Dr. Klaus Wittstock****10. Dr. Guido Naberfeld****11. Dr. Daniel Koch****Gesamtzahl der Mitglieder:**

54 Mitglieder am 26.05.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (10):

1. Verband der Chemischen Industrie e.V.

2. WIP-Kunststoffe e.V.
3. kunststoffland NRW e.V.
4. Lebensmittelverband Deutschland e.V.
5. Wir sind Kunststoff (GbR)
6. WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD e.V.
7. BDI-Initiative Circular Economy
8. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
9. DIN Deutsches Institut für Normung e.V.
10. Forschungsgesellschaft Kunststoffe e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Lebensmittelsicherheit; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Automobilwirtschaft; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Kreislaufwirtschaft

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

PlasticsEurope Deutschland e. V. ist der Verband der Kunststoffherzeuger in Deutschland. Der Verband vertritt die wirtschaftlichen und politischen Interessen seiner Mitgliedsunternehmen und steht hierzu im Austausch mit Politik und Behörden, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen wie anderen Interessengruppen der Industrie oder Umweltverbänden. Der Verband befasst sich insbesondere mit der Sicherung eines wettbewerbsfähigen Industriestandortes Deutschland für die Kunststoffindustrie in Zeiten ihrer umfassenden Transformation zur klimaneutralen Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen. Deshalb setzt PlasticsEurope Deutschland e. V. sich im Austausch mit den genannten Akteuren für die bestmögliche Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für dieses Ziel ein.

Der Verband lobbyiert im Schwerpunkt zu folgenden Themen

- sämtliche Prozessschritte einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen
- Abfallvermeidung
- zirkuläres Produktdesign
- komplementäres Recycling (werkstoffliches und chemisches Recycling)
- Massenbilanzen für die industrielle Nutzung von Sekundärrohstoffen
- Kunststoffe in der Umwelt (Makro- und Mikroplastik)
- Abfall- und Chemikalienrechtliche Aspekte der Kunststoffnutzung
- Verbrauchersicherheit (Kunststoffen im Lebensmittelkontakt, Trinkwasserkontaktmaterialien und in Spielzeugen)
- Rechtssichere und unbürokratische Genehmigungsverfahren

Der Verband wendet sich im Rahmen der Interessensvertretung im Schwerpunkt an:

- Bundestag und Bundesrat
- Bundesregierung und -Ministerien
- Landesregierungen und -Ministerien
- Behörden auf Bundes- und Landesebenen (insbesondere UBA, BfR)

Lesen Sie hier ein Kurzporträt über den Verband:

<https://plasticseurope.org/de/uber-uns/>

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Einführung einer Plastiksteuer

Beschreibung:

Die Bundesregierung hatte im Dezember 2023 die Einführung einer Plastiksteuer angekündigt. Das Vorhaben wird weiterhin diskutiert, allerdings mit der Tendenz, Abstand von einer einseitiger und materialdiskriminierenden Plastiksteuer zu nehmen, die aufgrund Materials substitutionen nachteilig für Kreislaufwirtschaft und Recycling wäre.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Novellierung des Verpackungsgesetzes

Beschreibung:

Die Bundesregierung plant, das deutsche Verpackungsgesetz (VerpackG) zu novellieren. Unter anderem soll eine Ökomodulierung der Lizenzentgelte vorgenommen werden (Art. 21) sowie chemisches Recycling als Option im Verpackungsgesetz berücksichtigt werden (Art. 16).

Betroffenes geltendes Recht:

[VerpackG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Lebensmittelsicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Massenbilanzierung (SUPD Implementing Act)

Beschreibung:

Die EU-Kommission bereitet einen Durchführungsrechtsakt zur Einwegkunststoff-Richtlinie (SUPD Richtlinie (EU) 2019/904) vor, der sich Artikel 7 („Additional types of recycling“) annimmt. Dieser soll eine Methode zu Berechnung, Überprüfung und Berichterstattung des Anteils an recyceltem Kunststoff in Getränkeflaschen festlegen. Hierbei soll recyclerter

Kunststoff aus zusätzlichen Arten des Recyclings im Sinne von Artikel 3 Absatz 17 der Richtlinie 2008/98/EG zu Maßnahmen zum Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft und dabei insbesondere für ihre Abfallgesetzgebung berücksichtigt werden. Für die Massenbilanzierung von chemisch recycelten Kunststoffen soll entsprechend ein geeigneter Ansatz festgelegt werden.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

4. **Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)**

Beschreibung:

Die Bundesregierung erarbeitet eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS), in der unter anderem bestehende rohstoffpolitische Strategien gebündelt werden. Die Strategie soll Ziele und Maßnahmen zum zirkulären Wirtschaften und zur Ressourcenschonung aus allen relevanten Strategien zusammenführen. In den "Grundlagen für einen Prozess zur Transformation hin zu einer zirkulären Wirtschaft" haben die beteiligten Ressorts das Leitbild und die Ziele für eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie formuliert sowie die Überlegungen zum inhaltlichen Rahmen und zum politischen Rahmen dargestellt. Die Federführung hat das BMUV.

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [\[alle RV hierzu\]](#); KrWG [\[alle RV hierzu\]](#); BImSchG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#); Kreislaufwirtschaft

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2408050011** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. **EU-Regulierungsvorhaben Pellet Loss**

Beschreibung:

Auf EU-Ebene wird derzeit ein Legislativvorschlag erarbeitet, der den Maßnahmen vorsehen soll, um den Verlust von Kunststoffgranulaten zu verhindern und die Ziele der Europäischen Union zur Reduzierung von Mikroplastik bis 2030 unterstützt. Dieser soll u.a. verbindliche und harmonisierte Regelungen für alle Akteure, die mit Kunststoffen arbeiten,

umfassen sowie Managementkonzepte, die durch unabhängige Prüfungen und Zertifizierungen unterstützt werden und gesetzliche Mindestanforderungen zur Vermeidung von Kunststoffgranulatverlusten.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Lebensmittelsicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2408270008** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **SG2501280017** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. **EU-Verpackungsverordnung (PPWR)**

Beschreibung:

Die europäische Verpackungsrichtlinie 94/62/EG regelt seit fast 30 Jahren das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die Verwertung von Verpackungen in der Europäischen Union. In Deutschland wird sie aktuell vom Verpackungsgesetz (VerpackG) umgesetzt. Mit der Verpackungsverordnung sieht die EU Vorgaben zur Nachhaltigkeit und dem Design von Verpackungen vor, die über die bisherigen Anforderungen an die Gestaltung von Verpackungen hinausgehen.

Betroffenes geltendes Recht:

[VerpackG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Lebensmittelsicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

7. Entwurf der Änderungsverordnungen der Verordnung (EU) Nr. 10/2011, der Verordnung (EU) Nr. 2022/1616 und der Verordnung (EG) Nr. 2023/2006

Beschreibung:

Ziel der Änderungs-Verordnung ist es, die Qualitätskontrolle gemäß der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 über FCM aus Kunststoff zu verbessern. Zudem soll es zur Angleichung an die Verordnung (EU) 2022/1616 über recycelte Kunststoffe und die Verordnung (EU) Nr. 528 /2012 über Biozidprodukte kommen. Es werden Reinheitsanforderungen für Stoffe eingeführt zudem Anpassung der Migrationstests von mehrschichtigen Materialien und Wiederholungstests. Auch die Qualitätskontrollvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 2023 /2006 über gute Herstellungspraxis werden hinzugefügt.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Lebensmittelsicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406170158](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2408260001](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. Globales Plastikabkommen

Beschreibung:

Kunststoffabfälle sind wertvolle Ressourcen. Eine Substitution von Kunststoffen durch andere Materialien geht häufig mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachteilen einher. Eine pauschale Begrenzung der Kunststoffnutzung ist deshalb nicht zielführend. Eine umweltgerechte Handhabung aller Kunststoffabfälle umfasst die Festlegung verbindlicher, sektorspezifischer und zeitlich definierter Zielvorgaben für die getrennte

Sammlung, Sortierung und das Recycling sowie die Technologieneutralität von Recycling- und Verwertungstechnologien. Zur Finanzierung des Aufbaus eines Abfallmanagements braucht es kreislaufwirtschaftliche Investitionsanreize. Das globale Abkommen kann einen globalen Rollout der Kreislaufwirtschaft und ein Level Playing Field für nachhaltige Produkte vorantreiben.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; VerpackG [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2408220008 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2506200001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. Änderung der EU-Altfahrzeugverordnung

Beschreibung:

Kunststoffabfälle gilt es als Wertstoffe im Kreislauf zu führen, als Voraussetzung zur Schaffung einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen. Ziel der Advocacy zur Ausgestaltung der Altfahrzeugverordnung (ELV) ist die Ausweitung der Kreislaufwirtschaft im Bereich der automobilen Kunststoffe, insbesondere bezüglich sowohl ambitionierter als auch realistischer regulatorischer Einsatzziele zirkulärer Rohstoffe (Rezyklate, Biomasse, CO2) unter Berücksichtigung des gesamten Nutzungszyklus von Automobilen, inkl. Austausch- und Ersatzteilen. Dies schließt die möglichst breite Anerkennung von Abfallströmen (z.B. pre- und post-consumer-Abfälle) als auch Recyclingverfahren (mechanische, lösemittelbasierte und chemische Verfahren) ein.

Betroffenes geltendes Recht:

AltautoV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503070003** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.520.001 bis 2.530.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Basell Polyolefine GmbH
2. Borealis Polymer GmbH
3. Sabic Holding Deutschland GmbH

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Vermögensuebersicht-Aufwand-und-Ertragsrechnung.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Verhaltenskodex-PlasticsEurope-Deutschland-eV.pdf](#)